



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

DE

10117/12

(OR. en)

PRESSE 210
PR CO 30

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3168. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 29. Mai 2012

Präsident

Nicolai WAMMEN
Minister für europäische Angelegenheiten
(Dänemark)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6319 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

10117/12

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat hat auf der Grundlage einer Verhandlungsbox, die alle Ausgaben- und Einnahmenkomponenten abdeckt, über den **mehrjährigen Finanzrahmen** (MFR) der EU für den Zeitraum 2014-2020 beraten.*

Es wird angestrebt, die MFR-Verordnung vor Jahresende anzunehmen.

INHALT¹

TEILNEHMER	5
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN	7
VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES	9
G20-GIPFELTREFFEN IN MEXIKO	10
ERWEITERUNG – KROATIEN	11
SONSTIGES	12

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– Bericht des Rechnungshofs – EFRE-Unterstützung für KMU	13
----------------------------------------------------------------	----

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

– Beziehungen zu Russland.....	13
– Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten.....	13

NUKLEARE SICHERHEIT

– Übereinkommen über nukleare Sicherheit	13
------------------------------------------------	----

UMWELT

– Treibhausgasemissionen.....	14
-------------------------------	----

TRANSPARENZ

– Transparenz – Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten.....	14
--------------------------------------------------------------	----

¹ • Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 • Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 • Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

IM SCHRIFTLICHEN VERFAHREN GEFASSTER BESCHLUSS

- Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten 15

TEILNEHMER

Belgien:

Didier REYNDERS

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, des Außenhandels und der Europäischen Angelegenheiten

Bulgarien:

Ivan NAYDENOV

Stellvertreter des Ministers für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Karel SCHWARZENBERG

Erster stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Dänemark:

Nicolai WAMMEN
Michael ZILMER-JOHNS

Minister für europäische Angelegenheiten
Staatssekretär für Außenpolitik

Deutschland:

Michael LINK

Staatsminister im Auswärtigen Amt

Estland:

Urmas PAET

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Irland:

Lucinda CREIGHTON

Staatsministerin für europäische Angelegenheiten (Amt des Premierministers und Ministerium für auswärtige Angelegenheiten)

Griechenland:

Yannis Alexis ZEPOS

Generalsekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Íñigo MENDEZ DE VIGO Y MONTOJO

Staatssekretär für die Europäische Union

Frankreich:

Bernard CAZENEUVE

Minister für europäische Angelegenheiten

Italien:

Enzo MOAVERO MILANESI

Minister, zuständig für europäische Angelegenheiten

Zypern:

Andreas MAVROYIANNIS

Stellvertretender Minister beim Präsidenten der Republik Zypern, zuständig für europäische Angelegenheiten

Lettland:

Edgars RINKĒVIČS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Litauen:

Audronius AŽUBALIS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Christian BRAUN

Ständiger Vertreter

Ungarn:

Enikő GYÖRI

Staatssekretärin, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Malta:

Joe COLE

Generaldirektor für wirtschaftliche und europäische Angelegenheiten

Niederlande:

Ben KNAPEN

Minister für europäische Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit

Österreich:

Wolfgang WALDNER

Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Polen:

Piotr SERAFIN

Minister für europäische Angelegenheiten

Portugal:

Miguel MORAIS LEITÃO

Beigeordneter Staatssekretär für europäische
Angelegenheiten

Rumänien:

Leonard ORBAN

Minister für europäische Angelegenheiten

Slowenien:

Igor SENČAR

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Slowakei:

Miroslav LAJČÁK

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Jan STORE

Ständiger Vertreter

Schweden:

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und
Commonwealth-Fragen

Kommision:

Maroš ŠEFČOVIČ

Janusz LEWANDOWSKI

Vizepräsident
Mitglied

Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

Kroatien:

Neven MIMICA

Stellvertretender Ministerpräsident, zuständig für innere,
auswärtige und europäische Angelegenheiten

ERÖRTERTE PUNKTE

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN

– *Öffentliche Sitzung*

Der Rat hat auf der Grundlage einer Verhandlungsbox¹, die erstmals alle Bestandteile des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmeseite umfasst ([10063/12 REV 1](#) + [10317/12](#)), über den MFR der EU für den Zeitraum 2014-2020 beraten.

Die Minister begrüßten die bisherige Arbeit des dänischen Vorsitzes und vertraten die Auffassung, dass die neueste Fassung der Verhandlungsbox eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen ist.

Zahlreiche Minister beharrten darauf, dass der MFR 2014-2020 die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen begünstigen muss. Sie stimmten ferner darin überein, dass die Ausgabenqualität verbessert werden muss. Einige Delegationen waren der Ansicht, dass eine bessere Mittelverwendung nicht notwendigerweise weniger Ausgaben bedeutet, während andere betonten, dass eine Verbesserung der Ausgabenqualität die EU nicht an einer Haushaltskonsolidierung in Krisenzeiten hindert.

Auf der Ausgabenseite konzentrierten sich die Minister auf die Kohäsionspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die makroökonomische Konditionalität.

Was die Kohäsionspolitik anbelangt, so lehnten einige Delegationen die vorgeschlagene Höhe der Kappung ab, mit der die Transfers an die einzelnen Mitgliedstaaten auf einen bestimmten Prozentsatz ihres Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden. Mehrere Delegationen waren ferner gegen das sogenannte umgekehrte Sicherheitsnetz, mit dem der Umfang der Unterstützung auf einen bestimmten Prozentsatz ihrer Höhe im Zeitraum 2007-2013 begrenzt wird. Einige Mitgliedstaaten äußerten Bedenken bezüglich der neuen Kategorie von Übergangsregionen, während andere sie unterstützten.

Hinsichtlich der GAP hielten einige Delegationen sowohl den Umfang als auch den Zeitrahmen der vorgeschlagenen Konvergenz der Direktzahlungen je Hektar für nicht ehrgeizig genug. Andere dagegen fanden sie zu drastisch. Einige Minister lehnten mögliche Kürzungen der Gesamtausgaben in Rubrik 2 (Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen) ab. Andere unterstützten diesen Vorschlag, und einige hielten ihn für ein Mittel, die Konvergenz der Direktzahlungen zu verbessern.

¹ Die Verhandlungsbox ist ein vom Vorsitz erstelltes Papier, in dem die wichtigsten Elemente und Optionen für die Verhandlungen über den MFR umrissen sind. Es wird im Zuge der Verhandlungen ständig aktualisiert und soll letztendlich die Grundlage für eine Einigung des Europäischen Rates bilden. Sobald die Einigung erzielt ist, fließt der Inhalt des Dokuments in die gesetzgeberische Arbeit zu den verschiedenen Rechtsakten ein.

Einige Minister begrüßten die sogenannte makroökonomische Konditionalität, mit der sichergestellt werden soll, dass die Wirksamkeit der Ausgaben aus den fünf Fonds des Gemeinsamen Strategischen Rahmens¹ durch eine solide Wirtschaftspolitik unterstützt wird, oder sie hielten die diesbezüglichen Formulierungen in der Verhandlungsbox für eine gute Grundlage. Andere hatten hierzu Vorbehalte.

In Bezug auf die Einnahmeseite, die erstmals in die Verhandlungsbox einbezogen worden war, betonten die Minister, wie wichtig einfache, transparente und faire Regeln sind.

Einige Delegationen unterstützten die von der Kommission vorgeschlagene Abschaffung der derzeitigen MwSt.-Eigenmittel. Einige waren bereit, den Vorschlag zu prüfen, während andere ihn ablehnten.

Die vorgeschlagene neue Eigenmittelkategorie auf der Grundlage einer Finanztransaktionssteuer wurde von einigen Mitgliedstaaten unterstützt und von anderen abgelehnt.

Zahlreiche Minister befürworteten eine vollständige Abschaffung aller Korrekturfaktoren im Eigenmittelsystem, hielten die vorgeschlagenen Pauschalbeträge aber für einen Schritt in die richtige Richtung. Andere beharrten darauf, dass die bestehenden Korrekturmechanismen beibehalten werden oder dass zumindest die derzeitigen Korrekturbeträge in einem neuen Mechanismus garantiert werden.

Die Verhandlungsbox enthält einstweilen nur wenige Zahlenangaben in eckigen Klammern. Die Zahlen für die Obergrenzen der einzelnen Rubriken des MFR werden später im Verhandlungsverlauf hinzugefügt. Die Kommission soll ferner einen aktualisierten Vorschlag für den MFR vorlegen, der unter anderem der Frühjahrsprognose der Kommission zur Wirtschaftsentwicklung Rechnung trägt.

Die Minister werden ihre Beratungen über den MFR am 10./11. Juni auf einer informellen Tagung in Horsens (Dänemark) und am 26. Juni auf einer Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) in Luxemburg fortsetzen.

Der Europäische Rat wird eine erste inhaltliche Erörterung über den MFR 2014-2020 am 28./29. Juni führen (siehe S. 8). Er wird auch die Frage erörtern, wie der MFR am besten einen Beitrag zum Wachstum leisten kann. Der Europäische Rat wird voraussichtlich verfahrenstechnische Schlussfolgerungen billigen, die bei den Verhandlungen nach dem vereinbarten Zeitplan als Leitlinien dienen sollen.

Es wird angestrebt, vor Jahresende eine Einigung zu erzielen und die MFR-Verordnung anzunehmen.

¹ Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF), der Kohäsionsfonds (KF), der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

Der Rat hat den Entwurf einer erläuterten Tagesordnung für die Tagung des Europäischen Rates am 28./29. Juni zur Kenntnis genommen ([9370/12](#)).

Der Europäische Rat soll sich in erster Linie mit folgenden Themen befassen:

- Wirtschaftspolitik: Abschluss des Europäischen Semesters 2012 (jährliche Überwachung der Haushaltspolitik und der Strukturreformen der Mitgliedstaaten), EU-Wachstumsagenda (auf der informellen Tagung des Europäischen Rates vom 23. Mai erörtert), Handel und Investitions-partnerschaften mit internationalen Partnern;
- Mehrjähriger Finanzrahmen: erste inhaltliche Beratung über den MFR 2014-2020 (siehe S. 6-7);
- Sonstige Fragen: Fortschritte bei verschiedenen Dossiers im Bereich Justiz und Inneres, einschließlich Verwaltung des Schengen-Raums und Asyl.

Auf der Grundlage eines Entwurfs von Schlussfolgerungen des Europäischen Rates wird der Rat auf seiner Tagung am 26. Juni eine weitere Beratung abhalten.

G20-GIPFELTREFFEN IN MEXIKO

Der Rat nahm Kenntnis vom Stand der Vorbereitungen für das G20-Gipfeltreffen am 18./19. Juni in Los Cabos (Mexiko) ([10155/12](#)). Er erörterte die wichtigsten Prioritäten der EU.

Auf dem Gipfeltreffen werden voraussichtlich folgende Themen im Mittelpunkt stehen:

- wirtschaftliche Stabilisierung und Strukturreformen;
- Finanzsystem und finanzielle Inklusion;
- internationale Finanzmarktarchitektur;
- Ernährungssicherheit und Volatilität der Rohstoffpreise;
- nachhaltige Entwicklung, umweltverträgliches Wachstum und Kampf gegen den Klimawandel.

Auf der Tagung des Europäischen Rates im März wurden Prioritäten vereinbart, die im Hinblick auf den Gipfel vorangetrieben werden sollen. Darüber hinaus haben die Präsidenten des Europäischen Rates und der Kommission ein gemeinsames Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der EU gerichtet, in dem sie ihre Erwartungen dargelegt haben¹.

¹ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st00/st00096.de12.pdf>.

ERWEITERUNG – KROATIEN

Der Rat hat auf der Grundlage eines Berichts der Kommission ([9170/12](#)) einen kurzen Gedanken-austausch über die Vorbereitungen Kroatiens auf den Beitritt zur EU geführt.

Er hat hervorgehoben, welche Bedeutung er der eingehenden Überwachung der Vorbereitungen Kroatiens beimisst, und der Vorsitz hat zugestimmt, diese Botschaft auf der Tagung des Stabilitäts- und Assoziationsrates EU-Kroatien am 6. Juni zu vermitteln.

Der Rat hat folgende Schlussfolgerungen angenommen:

"Der Rat begrüßt den Überwachungsbericht der Kommission vom 24. April 2012 über die Vorbereitungen Kroatiens auf den Beitritt und die dazugehörigen Überwachungstabellen und nimmt Kenntnis von den darin enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen.

Der Rat hat den Überwachungsbericht und die Überwachungstabellen eingehend begutachtet und nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Beitrittsvorbereitungen Kroatiens planmäßig verlaufen und Kroatien ein beträchtliches Maß an Angleichung an den Besitzstand erreicht hat. Vor diesem Hintergrund fordert der Rat Kroatien auf, die Zeit bis zum Beitritt zur Intensivierung seiner Bemühungen zu nutzen, um auf den bereits durchgeführten Reformen und der in den Beitrittsverhandlungen zu verzeichnenden Leistungsbilanz – insbesondere auf den Gebieten Justiz und Grundrechte, Justiz, Freiheit und Sicherheit sowie Wettbewerbspolitik und in allen anderen Bereichen des Besitzstands, für die die Kommission weitere Anstrengungen angemahnt hat – aufzubauen. In diesem Zusammenhang schließt sich der Rat den spezifischen Empfehlungen des Berichts der Kommission zu den vorgenannten Bereichen an und äußert die Erwartung, dass er auf der Tagung des Stabilitäts- und Assoziationsrates EU-Kroatien im Juni von Kroatien über den aktuellen Stand der Dinge unterrichtet wird.

Im Einklang mit Artikel 36 des Beitrittsvertrags und den einschlägigen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates und des Rates erklärt der Rat erneut, dass er der eingehenden Überwachung der Fähigkeit Kroatiens, alle seine im Rahmen der Beitrittsverhandlungen eingegangenen Verpflichtungen – einschließlich jener, die vor dem Beitritt erfüllt sein müssen – einzuhalten, und der Kontinuität der Vorbereitungen Kroatiens auf alle aus der EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen große Bedeutung beimisst.

Der Rat nimmt Kenntnis vom aktuellen Stand des Verfahrens zur Ratifizierung des Beitrittsvertrags und hegt die Erwartung, dass er vorbehaltlich des Abschlusses der noch laufenden Ratifikationsverfahren in den Mitgliedstaaten Kroatien zum 1. Juli 2013 als Mitgliedstaat der Union begrüßen darf. In diesem Zusammenhang ersucht der Rat die Kommission, die Überwachung der Beitrittsvorbereitungen Kroatiens fortzuführen, und er sieht dem umfassenden Überwachungsbericht und den aktualisierten Überwachungstabellen, die die Kommission im Herbst dieses Jahres vorlegen soll, erwartungsvoll entgegen."

SONSTIGES

– Erdbeben in Italien

Der Rat sprach den Opfern des Erdbebens vom 29. Mai in der Nähe von Modena (Italien) sein Beileid aus.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Bericht des Rechnungshofs – EFRE-Unterstützung für KMU

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zum Sonderbericht Nr. 2/2012 des Europäischen Rechnungshofs über Finanzinstrumente für KMU mit Kofinanzierung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung an.

Die Schlussfolgerungen sind in Dokument [10058/12](#) enthalten.

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Beziehungen zu Russland

Der Rat nahm Kenntnis vom Stand der Vorbereitungen für das Gipfeltreffen EU-Russland, das am 3./4. Juni in St. Petersburg stattfindet.

Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten

Der Rat billigte die Zuweisung von Mitteln in Höhe von 1,49 Mio. EUR für Öffentlichkeitsarbeit, multilaterale Expertentreffen und wissenschaftliche Beratung zur Unterstützung des Vorschlags der EU für einen internationalen freiwilligen Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten.

NUKLEARE SICHERHEIT

Übereinkommen über nukleare Sicherheit

Der Rat nahm Kenntnis von einem Bericht für die zweite außerordentliche Tagung im Rahmen des Übereinkommens über nukleare Sicherheit der IAEA, die vom 27. bis 31. August in Wien stattfinden soll ([9802/12 ADD 1](#)).

Mit dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit aus dem Jahr 1994 wird bezweckt, die teilnehmenden Staaten, die Kernkraftwerke an Land betreiben, rechtlich verbindlich zu verpflichten, ein hohes Sicherheitsniveau aufrechtzuerhalten. Hierzu wurden internationale Referenzwerte festgelegt, die die teilnehmenden Staaten für sich übernehmen.

UMWELT

Treibhausgasemissionen

Der Rat hat beschlossen, die Annahme folgender Verordnungen durch die Kommission (gemäß der Richtlinie 2003/87/EG¹) nicht abzulehnen:

- Verordnung mit detaillierten Vorschriften über die Prüfung von Treibhausgasemissionsberichten und Tonnenkilometerberichten sowie die Akkreditierung von Prüfstellen ([7170/1/12 REV 1](#));
- Verordnung mit detaillierten Vorschriften über die Überwachung von und die Berichterstattung über Treibhausgasemissionen ([7171/1/12 REV 1](#)).

Die Kommissionsrechtsakte unterliegen dem Regelungsverfahren mit Kontrolle; nun da der Rat seine Zustimmung erteilt hat, kann die Kommission die Rechtsakte erlassen, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

TRANSPARENZ

Transparenz – Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Der Rat billigte

- die Antwort auf den Zweitantrag Nr. 11/c/01/12 von Frau Helen Darbshire gegen die Stimmen der dänischen, der estnischen, der slowenischen, der finnischen und der schwedischen Delegation ([8774/12](#)).

¹ ABl. L 275 vom 25.10.2003.

IM SCHRIFTLICHEN VERFAHREN GEFASSTER BESCHLUSS

Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Der Rat hat am 21. Mai 2012 die Antworten auf folgende Zweitanträge gebilligt:

- 09/c/01/12 gegen die Stimmen der dänischen, der estnischen, der finnischen und der schwedischen Delegation ([8673/12](#)) und
 - 10/c/01/12 gegen die Stimmen der dänischen, der estnischen, der finnischen und der schwedischen Delegation ([8677/12](#)).
-